

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

Lebeck's. *Chocolade* per Tafel 50 Pf

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

Marke: Dreiring

Anzeigen-Zarif.

Annahme von Anzeigen bis nachmittags 12 Uhr, Sonntags nur Vormittags 10 bis 11 Uhr. Die einseitige Grundgebühr (ca. 8 Zeilen) 30 Pf., Familien-Richtlinien aus Dresden 20 Pf.; die monatliche Gebühr auf 2 Zeilen 70 Pf., die zweifache Zeilenbreite 1.50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundgebühr 25 Pf. Familien-Richtlinien aus Dresden die Grundgebühr 30 Pf. — Zusätzliche Aufträge nur gegen Vorauszahlung. Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Zeitung-Geld

Abonnement für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) 3.50 M., durch monatliche Annahmestelle bis 3.50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Postgebühr). Die bei Fernsendungen an Tagesposten zu gewöhnlichen Abnehmern erhalten die ausserordentlichen Bezahler mit der Morgen-Ausgabe zusammen gedruckt. Nachdruck nur mit besonderer Genehmigung (Zusch. Nachr.) zulässig. — Unentgeltliche Anzeigen werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Photographie in natürlichen Farben.

Lumière-Autochromplatten :: Neueste Emulsionen

Ausf. Einzel-Unterricht **Carl Plaul**, Kgl. Städt. Hoflieferant, Wallstr. 25.

gratis.

Gartenschläuche

fabriciert als Spezialität

Reinhardt Leupold

Dresden-A.

Tel. Nr. 229 8990 3345
Man verlange Muster und Preise.

Cornpflaster zur gründlichen Beseitigung von **Hühneraugen und Hornhaut**

50 Pfennig. Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mittelmäßige Bitterung: Nordwestwinde, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

Im Reichstage wurde die Beratung des Kolonialgesetzes fortgesetzt.

Der preussische Landtag hat das Statutgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Der diesjährige Verbandstag der deutschen Beamtenvereine findet vom 6. bis 9. Juni in Karlsruhe statt.

Auf dem Rhein erfolgte ein Zusammenstoß zwischen dem Dampfer „Niederwald“ und einem Fährboot. Der Dampfer wurde schwer beschädigt.

Das italienische Linienschiff „Umberto“ ist wechlich von Tripolis an einem Felsen gescheitert und gesunken.

Die Krise in der nationalliberalen Partei.

Die den auf übernächsten Sonntag einberufenen allgemeinen Vertretertag beschäftigten sollte, ist bereits vorher im Wege der gütlichen Verständigung zwischen den beiden gegensätzlichen Richtungen des Alt- und Jungliberalismus beigelegt worden, so daß sich der Vertretertag nur noch mit der Aufdrückung seines Siegels auf die getroffene Vereinbarung zu befassen haben wird. In der vielerörterten letzten Zentralvorstandssitzung war bekanntlich von altliberaler Seite im Interesse der Wiederherstellung des inneren Friedens und der Einigkeit in der nationalliberalen Partei der Antrag eingebracht worden, die bisherige jungliberale Sonderorganisation, der man sogar eine eigene Vertretung auf den Parteitag und im Zentralvorstand eingeräumt hatte, aufzulösen und einem sofort zu versammelnden Vertretertag diesen Antrag zu endgültiger Entscheidung zu unterbreiten. Da der Zentralvorstand mit überwiegender Mehrheit ein solches Vorhaben ablehnte, so hatte damit die altliberale Richtung eine immerhin bemerkenswerte Kraftprobe geliefert, die zu der Erwartung berechtigte, daß nun der Revision überhört sei und es für die Jungliberalen nur noch ein Entweder — Oder gäbe in dem Sinne, daß ihnen nur die Alternative blieb, sich entweder löblich zu unterwerfen und unter Verzicht auf den Anspruch, einen Staat im Staate bilden zu wollen, sich der Gesamtorganisation der Partei einzufügen oder aber mit klingendem Spiel ins fortschrittliche Lager abzurufen.

In der Zwischenzeit sind aber hinter den Kulissen Bemühungen tätig gewesen, um den Jungliberalen goldene Brücken zum Rückzuge zu bauen und ihnen die Unannehmlichkeit eines offiziellen Rückganges vor versammeltem Heerban zu ersparen. Diese Bestrebungen haben, wie in der führenden Parteipresse jetzt bestimmt gemeldet wird, den Erfolg gehabt, daß eine Verständigung über alle strittigen organisatorischen Fragen erzielt worden ist. Wie früher bereits angedeutet wurde, hat eine freie Kommission unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Friedberg Vorschläge ausgearbeitet, die in der Hauptsache darauf hinauslaufen, daß der Reichsverband der nationalliberalen Jugend zwar bestehen bleibt, aber offiziell aus dem Rahmen der nationalliberalen Parteioffiziel ausscheidet, während dafür die einzelnen jungliberalen Vereine den Provinzialorganisationen der nationalliberalen Partei angegeschlossen werden, und auf diesem Wege ihre Vertretung in den höheren Parteistufen erhalten. Diese Vorschläge haben jetzt die beiderseitige Zustimmung gefunden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß im Anschluß hieran der Gedanke angeregt worden sei, den Vertretertag für jetzt fallen zu lassen und ihn erst zum Herbst einzuberufen. Demgegenüber wurde aber geltend gemacht, daß der Vertretertag doch auf jeden Fall die organisatorische Neuordnung gutheißen müsse, und überdies soll die jungliberale Gruppe auf dem sofortigen Zusammenritt des Vertretertages mit Nachdruck bestanden haben und damit durchgedrungen sein.

Man braucht das so zustande gekommene Kompromiß nicht erst scharf unter die Lupe zu nehmen, um ohne weiteres zu erkennen, daß der Fortbestand der jungliberalen Sonderorganisation, wenn auch außerhalb des offiziellen Parteirahmens, ein ganz erhebliches Zugeständnis an den

Jungliberalismus darstellt. Von Partei wegen wird zwar künftig die jungliberale organisatorische Eigenexistenz nicht mehr anerkannt, und es fällt daher auch die frühere jungliberale Sondervertretung im Zentralvorstande und auf den Parteitagen fort, an deren Stelle nunmehr bloß die allgemeine Vertretung tritt, die der Jungliberalismus durch seinen Einfluß in den provinziellen Organisationen der Partei zu erzielen vermag. Gegenüber diesem formalen Erfolge der altliberalen Richtung fällt aber viel stärker die Weiterexistenz des jungliberalen Reichsverbandes als geforderten Gebildes außerhalb der Parteiorganisation ins Gewicht; denn nun wird der Reichsverband, der letzten äußeren Rücksicht auf die Partei ledig, seine linksliberale Agitation noch viel rücksichtsloser als bisher betreiben. Einen Vorgeschmack der kommenden Dinge gibt ein Artikel der ganz im jungliberalen Fahrwasser segelnden „Köln. Ztg.“, der einen sehr reichen Einblick in die linksliberale Psyche gestattet und deutlich zeigt, um wieviel feindseliger der Jungliberalismus den Konservativen gegenübersteht als der revolutionäre, die Beseitigung von Monarchie, Staat und Gesellschaft erstrebende Sozialdemokratie. Es handelt sich um eine Besprechung der ständischen Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus, die durch das jeder parlamentarischen Kritik hohnsprechende Verhalten der „roten Sechser“ heraufbeschworen wurden. Die Empörung über diese ungläublichen Ausschreitungen war auch auf nationalliberaler Seite allgemein und kam sowohl in der Presse wie im Abgeordnetenhaus selbst zum elementaren Ausdruck; soar der sonst doch gewiß nicht junferfreundliche „Klabberadach“ brach in diesem Falle für die „Kunfer“ eine Lanze und hieb erbarmungslos auf die Radsozialisten ein. Das ehemals so angegebene idyllische Blatt des Jungliberalismus aber bringt folgende ungläubliche publizistische Leistung fertig: „Was die Konservativen jetzt im Abgeordnetenhaus in Szene setzen, das ist kein Kampf gegen die Sozialdemokratie um seiner selbst willen, sondern ein Klassikum von Spiegelfechtereien; es ist ein Theaterkampf mit Bleichwatern und großem Geschrei, auf die größten Instinkte des Publikums berechnet. Er soll die Aufmerksamkeit von anderen für die Rechte vorkühnen politischen Vorgängen ablenken und den schwindenden Nimbus der konservativen Partei im Rampenlicht einer nationalen Sozialistenrevue wieder wie neu erstrahlen lassen.“ Nun bedenke man: wenn so etwas schon möglich ist, während der jungliberale Reichsverband noch formell zur Partei gehört, was wird man dann erst zu gewärtigen haben, wenn er für sich allein steht und sich völlig als radikales Einzelwesen fühlt, dem der Nationalliberalismus Hehula ist?

Das jetzige Kompromiß läßt die Krise nicht, sondern schafft nur neue Reibungsflächen, bis schließlich doch einmal der unvermeidliche Augenblick eintritt, wo die Scheidung der feindseligen Geister sich nicht länger aufschieben läßt. Inzwischen werden die benennenden altliberalen Elemente ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um die Fühlung mit der Rechten wiederzugewinnen. Die Situation ist gegenwärtig einer Annäherung zwischen rechts und links nicht ungünstig. Im preussischen Abgeordnetenhaus forderte dieser Tage ein konservativer Abgeordneter die Nationalliberalen zu einem Zusammengehen gegen die Sozialdemokraten auf, und der nationalliberaler Redner hob in seiner Erwiderung die „besonders liebenswürdige“ Form der konservativen Aufforderung anerkennend hervor. Er erklärte zugleich bestimmt, seine Partei habe die Absicht, das Kriegsbild gegenüber der Rechten zu beibehalten, finde dabei aber auf konservativer Seite, insbesondere bei der „Kreuz-Ztg.“-Richtung, nicht das wünschenswerte Entgegenkommen. Darauf erklärt nun das konservative Hauptorgan, daß es gar nicht daran denke, einem Zusammengehen der Nationalliberalen mit der Rechten Schwierigkeiten bereiten zu wollen: „Wir sind von der nationalen Notwendigkeit eines Einvernehmens mit der liberalen Mittelpartei viel zu sehr durchdrungen, als daß wir ihr entgegenarbeiten könnten“. Ganz andere Kräfte seien es, die sich einer solchen Entwicklung entgegenstemmen, nämlich die Jungliberalen und die Fortschrittler. Auf diese beiden Störenfriede und Maulrufe werden denn auch die Altliberalen besondere Aufmerksamkeit richten und ihre Unschädlichmachung mit allem Nachdruck erstreben müssen, wenn sie die nationalliberale Partei wirklich lebensfähig erhalten wollen. Jeder und gründlicher sich der alte gemäßigtere Liberalismus vom Schloße Bennigens von jeder Abhängigkeit vom jung-

liberalen und fortschrittlichen Radikalismus mit seinen sozialdemokratischen Verbrüderungsneigungen frei macht, desto sicherer wird auch die Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Konservativen und Nationalliberalen, das geradezu ein waterländisches Lebendinteresse bildet, verwirklicht werden.

Im Gegensatz zu den Mitteilungen in der nationalliberalen Parteipresse will der „Vor-Anz.“ erfahren haben, daß der Entwurf zu einem Kompromiß abgelehnt worden sei, und daß die Entscheidung über die Abhaltung des Vertretertages noch ausstehe.

Drahtmeldungen

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Kolonialgesetzes wird fortgesetzt. — Staatssekretär Dr. Solf erwidert auf die gestrige Rede des Abgeordneten Dr. Müller-Weinungen: Die Verwaltung ist bemüht, Jagdgesetzverordnungen zu erlassen; eine allgemeine Verordnung ist nicht möglich. Man richte sich im übrigen nach den Vorschriften der allgemeinen internationalen Jagdgesetzkonferenz. Die Zahl der Regierungsschulen ist größer, als behauptet wurde. Die Aufsicht der Gouvernements über die Missionsschulen ist nicht gesetzlich geregelt worden, aber praktisch durchgeführt. Die unangenehme Kritik über die Justizpflege ist unberechtigt. Die Richter sind denen in der Heimat gleichgestellt. Sämtliche Gouvernements sind mit einer Sammlung des Eingeborenenrechts beschäftigt. Erst wenn die Sammlung vollständig ist, was noch lange dauern wird, kann das Recht für die einzelnen Schutzgebiete in eine projektfähige Form gebracht werden. — Dann wird zum Etat für Südwestafrika übergegangen. Zunächst wird die Diamantenfrage besprochen. Eine Resolution der Budgetkommission fordert eine Reform der Diamantenregie unter angemessener Beteiligung der Diamantenförderer und verstärkter staatlicher Aufsicht, so daß beim Verkauf der deutschen Diamanten ein Wettbewerb geschaffen wird. — Abg. Dösch (Soz.): Die Diamantenregie hat sich durchaus nicht bewährt. Die Regie hat Schmutzkonfurrenz getrieben und die Preise herabgedrückt. Sie hat die ganze Produktion schmälert und die Diamanten an drei Amerikaner Firmen zu unerhöht niedrigen Preisen ausgeliefert. Die deutsche Diamantindustrie braucht keine Preisbegabe, sie ist vollkommen leistungsfähig, wenn sie unter geeigneten Lebensbedingungen arbeiten kann, wenn die Verträge loyal ausgelegt werden. Die Regie hat die deutschen Schiefer schikaniert. Der Staatssekretär hat sich in Danau selbst überzeugt, daß das bisherige Verfahren unhaltbar ist. Es muß im nächsten Jahre ein ganz anderer Vertrag abgeschlossen werden. Man muß Sachverständige hören. Wenn die Kolonialverwaltung die deutschen Interessen auf das schwerste schädigen wollte, so hätte sie nicht anders vorgehen können, als sie es getan hat. (Präsident Dr. Kaempf: Sie überschreiten die Grenzen einer sachlichen Kritik!) Redner fährt dann noch allernhand Beisprechen, die als Wünsche des Reichstages anerkannt bleiben. — Abg. Erzbacher (Zentr.): wünschenswert geklingelt dem neuen Staatssekretär die Regelung dieser verzwickten Regiefrage. Er hat damit eine schlimme Erbschaft übernommen. Die Diamantenförderer müssen mehr als bisher an der Regie beteiligt werden, sie müssen mindestens die Hälfte des Aktienkapitals der Diamantenregie haben. Acht stehen wir der Regie mit abzunehmenden Händen gegenüber. Die Herren aus Danau sind die Blühschleier für den Zorn des Herrn Fürstberg gegen die Kolonialverwaltung. Der Vertrag darf ohne Zuschuß der Konkurrenz nicht erneuert werden. Die jetzige Bruttoeinkommen der Diamantenförderung hat die kleinen Betriebe unrentabel gemacht. Die Einführung einer Nettoabgabe ist notwendig. Die Verwaltung muß ihre Freiheit haben, daher müssen in durchaus lokaler Weise die öffentlichen rechtlichen Verhältnisse der Deutschen Kolonialgesellschaft in staatsrechtliche umgewandelt werden. Hier kann sich der Staatssekretär die Sporen verdienen. — Abg. Graf Reclam (Kons.): Wir bedauern das formale Vorgehen dieses Leiters der Diamantenregie. Herr Fürstberg hätte sich bemühen sein müssen, daß er für das Publikum da ist und nicht das Publikum für ihn. Es dürfte absolut nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als ob das Großkapital nach seiner Laune über öffentlich-rechtliche Dinge zu befinden habe. Der neue Vertrag bringt gewisse Vorteile. Förderer und Schiefer müssen Einfluß erhalten. Für Konkurrenz muß gesorgt werden. Redner fordert ebenfalls die Nettoabgabe, stimmt der Resolution zu und betont die Notwendigkeit, daß der Verwaltung mehr Freiheit gewährt werde. — Abg. Waldheim (Soz.): Eine Abhängigkeit vom Großkapital besteht nicht. Durch die Regie sollte eine Störung des Diamantenmarktes vermieden werden, die zweifellos eingetreten wäre, wenn plötzlich solche Mengen Diamanten verkauft wurden. Die Regie ist einfach eine kaufmännische Instanz. Die Idee war durchaus richtig. — Abg. Dreher v. Nidderhosen (natl.): Kapitalistische Interessen haben die Leiter der Regie nicht vertreten. Wir sind für Rettobeherrung und für eine Bevorzugung der deutschen Industrie. — Abg. Ahl-

100
105
110
115
120
125
130
135
140
145
150
155
160
165
170
175
180
185
190
195
200
205
210
215
220
225
230
235
240
245
250
255
260
265
270
275
280
285
290
295
300
305
310
315
320
325
330
335
340
345
350
355
360
365
370
375
380
385
390
395
400
405
410
415
420
425
430
435
440
445
450
455
460
465
470
475
480
485
490
495
500
505
510
515
520
525
530
535
540
545
550
555
560
565
570
575
580
585
590
595
600
605
610
615
620
625
630
635
640
645
650
655
660
665
670
675
680
685
690
695
700
705
710
715
720
725
730
735
740
745
750
755
760
765
770
775
780
785
790
795
800
805
810
815
820
825
830
835
840
845
850
855
860
865
870
875
880
885
890
895
900
905
910
915